

Für eine deutsch-französische Initiative zugunsten der jungen Generation in Europa

Ein Text der Deutsch-französischen Reflexionsgruppe (12.-13. Oktober 2017)

Der politische Hintergrund in Frankreich und Deutschland begünstigt gegenwärtig eine Erneuerung der europäischen Integration und der deutsch-französischen Zusammenarbeit. Auch wenn die wichtigsten Baustellen des Dialogs zwischen Paris und Berlin wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Natur sind, hat Emmanuel Macron bei seinen Reden an der Sorbonne am 26. September und in Frankfurt am 10. Oktober 2017 die Bedeutung von Ausbildung und Mobilität für die junge Generation in Europa bekräftigt. Dabei müssen die Zivilgesellschaften und insbesondere die Jugend in die Diskussion dieser Themen eingebunden werden, wenn sie dem europäischen Projekt nachhaltig von Nutzen sein soll. Natürlich können europäische Programme wie Erasmus+ Zweifel am Mehrwert einer bilateralen Herangehensweise wecken. Dennoch sind wir davon überzeugt, dass unsere gemeinsame Geschichte und die kritische Masse, die Frankreich und Deutschland – auf wirtschaftlicher, demografischer und sprachlicher Ebene – gemeinsam in Europa darstellen, sowie die lange Tradition des Dialogs zwischen unseren beiden Ländern die deutsch-französische Zusammenarbeit nicht zu einem Selbstzweck, sondern zu einem nützlichen Versuchslabor für die gesamte Europäische Union machen.

Die deutsch-französische Zusammenarbeit im Dienste der jungen Generation muss eine politische Priorität darstellen und ein doppeltes Ziel verfolgen: Zum einen muss sie den interkulturellen Erfahrungsschatz der jungen Generation bereichern und ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessern. Zum anderen sollte sie die Bereitschaft der jungen Europäer zur demokratischen Teilhabe und ihr Gefühl, einer

europäischen Wertegemeinschaft anzugehören, stärken.

Daher schlagen wir eine deutsch-französische Initiative für die junge Generation in Europa vor, die sich auf drei Achsen stützt: Mobilität, berufliche Bildung und den Wertekanon der europäischen Demokratie.

1) Eine Initiative zur Stärkung der Mobilität der jungen Generation in Europa

⇒ Die Mobilität der Jugend trotz einer zurückgehenden Beherrschung der Partnersprache erleichtern

Es gibt eine umfangreiche deutsch-französische Erfahrung in Bezug auf die Mobilität und die biculturelle Bildung der Jugend. Mehr als acht Millionen junge Franzosen und Deutsche haben seit 1963 über das Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW) an Austauschprogrammen teilgenommen, 17.000 Studenten verfügen dank der Deutsch-Französischen Hochschule (DFH) über Doppelabschlüsse.

Auch wenn es zahlreiche Aktivitäten auf diesem Gebiet gibt, muss man gleichwohl feststellen, dass sie einen Rückgang der französischen Sprachkompetenz unter den jungen Deutschen nicht haben aufhalten können, und noch weniger den Rückgang der deutschen Sprachkompetenz unter den jungen Franzosen. An Grund- und Oberschulen in Frankreich hat sich die Anzahl der Deutschschülerinnen und –schüler innerhalb von 20 Jahren zwischen 1995 und 2015 von 1.312.000 (23% der Schülerinnen und Schüler) auf 842.000 (15% der Schülerinnen und Schüler) reduziert. In Deutschland hat die Zahl der Französisch lernenden Schülerinnen

und Schüler innerhalb von zehn Jahren zwischen 2005 und 2015 von 1,7 auf 1,54 Millionen leicht abgenommen, auch wenn mit einer Steigerung von 17,7% auf 18,4% eine anteilige Zunahme von deutschen Schülerinnen und Schülern zu verzeichnen ist, die Französisch lernen.

Dabei sind die Argumente für das Erlernen der Partnersprache bekannt und werden sowohl den Schülerinnen und Schülern als auch ihren Eltern immer wieder nahegebracht. Insbesondere die wirtschaftlichen Gründe sind unstrittig. In beiden Ländern gibt es mehr als 8.000 Tochterunternehmen, die rund 650.000 Angestellte beschäftigen. Dabei ist das Erlernen der Sprache des Nachbarlandes nicht nur eine bilaterale Herausforderung: Das europäische Projekt selbst steht dabei auf dem Spiel. Tatsächlich ist die Mehrsprachigkeit ein fundamentales Ziel in Europa. Daran hat der französische Präsident kürzlich erinnert.

Dennoch darf der Umstand, die Sprache des Anderen nicht zu sprechen, keine Hürde für einen Wechsel in das andere Land darstellen. Das vorrangige Ziel ist die Begegnung mit den jeweiligen Nachbarn. Eine gelungene Begegnung kann sogar die Bereitschaft auslösen, die Sprache des Anderen zu erlernen. Aus diesem Grund und von einem pragmatischen Standpunkt aus sind wir der Auffassung, dass die Mobilität in Richtung des anderen Landes vorrangig gesucht und verstärkt werden muss, ganz gleich wie es um die Beherrschung der Sprache steht.

Um diese Entwicklung zu fördern, sollten mehrere Maßnahmen ergriffen werden:

- Die finanzielle Ausstattung der existierenden Einrichtungen sollte gestärkt werden (DFJW, DFH, Deutsch-Französisches Sekretariat für den Austausch in der beruflichen Bildung (DFS),

deutsch-französische Internetplattform „Schulen-Unternehmen“, etc.).

- Die Zusammenarbeit zwischen den für Bildung zuständigen Ministerien der Länder, den Rektoraten und den Regionen muss intensiviert werden.
- Eine wirkliche Anerkennung von Ausbildungen und Abschlüssen, insbesondere von Sprachzeugnissen, muss zunächst zwischen Frankreich und Deutschland realisiert und später auf weitere europäische Länder ausgedehnt werden.
- Administrative Hürden zur Stärkung von Mobilität müssen abgebaut werden (z.B. in der Sozialversicherung etc.).

⇒ Die Mobilität von benachteiligten Auszubildenden und Jugendlichen spezifisch fördern

Zahlreiche Initiativen sind bereits gestartet worden, bleiben jedoch wegen fortbestehender Hindernisse wie fehlenden Informationen, unzureichender finanzielle Mittel oder mangelnder Anerkennung von Abschlüssen unzureichend genutzt. Somit wird die 2013 in Europa auf den Weg gebrachte und mit sechs Milliarden Euro ausgestattete Jugendgarantie, wie etwa im Fall von Erasmus+, eindeutig zu wenig genutzt. Die Mobilität der Auszubildenden ist noch schwach, in Frankreich (weniger als 2% der Auszubildenden) ebenso wie in Deutschland (ungefähr 4,5% der Auszubildenden). Das Ziel der Europäischen Union beträgt 6%, Deutschland hat sich seinerseits ein ehrgeiziges Ziel von 10% der Auszubildenden gesetzt. Wir schlagen vor, die Koordinierung aller bestehenden Mittel für die Mobilität der Auszubildenden zu verbessern.

⇒ Die Ausbilder und Lehrkräfte in deutsch-französischer Kompetenz schulen

Um die Mobilität der jungen Generation zwischen den Ländern zu stärken, müssen ihre

Lehrer oder Ausbilder entsprechend weitergebildet und motiviert werden bzw. selbst an Austauschprogrammen teilnehmen können. Trotz ihrer wesentlichen Bedeutung wird diese Dimension noch zu sehr vernachlässigt. Folgende Ansätze könnten ausgelotet werden:

- Ein Angebot zum gegenseitigen Stellenaustausch während eines oder mehrerer Schuljahre für Lehrerinnen und Lehrer von Grund- oder Oberschulen. Derzeit bieten nur wenige internationale oder deutsch-französische Gymnasien diese Möglichkeit an, und das Austauschprogramm des DFJW für Grundschullehrerinnen und -lehrer bleibt unzureichend (mit weniger als rund 50 Lehrerinnen und Lehrer aus jedem Land pro Jahr). So werden in Frankreich für 2018/2019 nur 36 Stellen angeboten.
- Eine gemeinsame Lehrerausbildung im deutsch-französischen Tandemverfahren.
- Jede Lehrerin und jeder Lehrer einer Fremdsprache sollte ein Jahr in dem europäischen Land verbringen, dessen Sprache er/sie unterrichtet.
- Tandems von Schulleitungen unter Nutzung der regionalen oder kommunalen Partnerschaften.

2) Jugendliche besser für qualifizierte Arbeitsplätze ausbilden, die die Unternehmen benötigen

Eine der absolut vorrangigen politischen Prioritäten der Europäischen Union muss die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sein, die im September 2017 bei den unter 25jährigen 16,6% erreicht hat. Allerdings hat diese Frage in Deutschland und Frankreich nicht dieselbe Priorität, da sowohl die Arbeitslosenquoten als auch die demografischen Situationen zu unter-

schiedlich sind. Deutschland ist das Land der EU, in dem die Jugendarbeitslosigkeit am geringsten ist (6,6%). Frankreich befindet sich im oberen Mittelfeld derjenigen Staaten, die eine erhöhte Jugendarbeitslosigkeit verzeichnen (22,1%). Die unterschiedliche Entwicklung der Geburtenraten in beiden Ländern erklärt nicht alles, hat aber dennoch Auswirkungen auf dieses Phänomen.

Die Jugendarbeitslosigkeit erklärt sich zum großen Teil aus einer zunehmenden Diskrepanz zwischen Ausbildungslehrgängen und dem tatsächlichen Bedarf der Wirtschaft. Daraus resultiert ein chronischer Mangel an qualifiziertem Personal. Dieser Mangel wird darüber hinaus in beiden Ländern von einem sinkenden Qualifizierungsniveau bei der Aufnahme von Hochschulstudien begleitet, was eine Folge der wachsenden Anzahl von Studierenden (rund 80% der Abiturientinnen und Abiturienten in Frankreich) sowie der Tatsache ist, dass immer mehr junge Deutsche das Hochschulstudium einer Berufsausbildung vorziehen.

Vor diesem Hintergrund schlagen wir insbesondere vor:

- die Ausbildungsgänge in Menge und Qualität besser an die sich verändernden Bedürfnisse des Arbeitsmarktes anzupassen, insbesondere in Frankreich, wo die so genannten „berufsqualifizierenden“ Ausbildungen an fehlender gesellschaftlicher Anerkennung leiden und die „duale“ Ausbildung als ein Vorteil des deutschen Bildungssystems angesehen wird;
- die Unternehmen stärker in die konzeptionelle Entwicklung von Berufs- und technologischen Ausbildungsgängen einzubinden, insbesondere in Frankreich;
- die Zusammenarbeit zwischen Sekundarschulen im Allgemeinen und Gym-

nasien im Besonderen, Universitäten und Unternehmen zu intensivieren;

- die allgemeine Information über Ausbildungsgänge und die Berufsberatung in allen Altersgruppen zu stärken, vom Gymnasium bis zu den Master-Studiengängen an den Universitäten.

3) Die europäischen Demokratiewerte vermitteln

Bei den letzten Parlamentswahlen in Frankreich erreichte der Anteil der Nichtwähler bei den Jugendlichen zwischen 18 und 24 Jahren beim ersten Wahlgang mit 63% einen Höhepunkt. Etwas mehr als die Hälfte der jungen Franzosen stimmten zudem bei der ersten Runde der Präsidentschaftswahl 2017 für Kandidaten, die die europäische Integration grundsätzlich in Frage stellen oder dem europäischen Projekt äußerst kritisch gegenüberstehen.

Um den Willen zur demokratischen Teilhabe bei den jungen Europäerinnen und Europäern und ihr Gefühl, einer europäischen Wertegemeinschaft anzugehören, zu stärken, müssen diese Werte Teil der Curricula im schulischen Unterricht werden. Das diesbezügliche Konzept in Deutschland (langjährige Tradition der politischen Bildung seit dem Kriegsende) unterscheidet sich von dem in Frankreich (Konzentration auf Staatskundeunterricht). Angesichts der Katastrophe des deutschen Nationalsozialismus hat die Bundesrepublik Deutschland der demokratischen Bildung der jungen Deutschen Priorität eingeräumt. Seit langem sind Fächer wie „Politische Weltkunde“, Politikwissenschaft und Ethikunterricht integrale Bestandteile der Schulbildung. Daher ist auch die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer, die diese Fächer später an Schulen unterrichten, seit langem an den Universitäten etabliert. Mit der Zunahme populistischer Strömungen und Parteien in Europa ist ein solcher Unterricht heute notwendiger

denn je – mit dem Ziel, die Überzeugung der jungen Europäer zu stärken, dass die dauerhafte Existenz eines einmal etablierten demokratischen Systems nicht ein für alle Male garantiert ist.

Nicht zuletzt aus diesem Grund schlagen wir vor, eine interdisziplinäre deutsch-französische Arbeitsgruppe zu bilden, die mit der Entwicklung eines Curriculums für den Schulunterricht in Grundlagen des Wertekanons der europäischen Demokratie beauftragt wird. Diese Gruppe würde auf der Grundlage der unterschiedlichen französischen und deutschen Traditionen arbeiten, jedoch mit dem Ziel, die Widerstandsfähigkeit der jungen Deutschen und Franzosen angesichts des Verführungspotenzials scheinbar einfacher Lösungen zu stärken, und sie in die Lage zu versetzen, sich die gemeinsamen europäischen Werte bewusst zu eigen zu machen.

2018 sollte das Jahr einer deutsch-französischen Initiative werden, die die junge Generation in Europa in den Mittelpunkt rückt: einer Initiative, die sich auf die Mobilität der Jugendlichen, die berufliche Bildung und die Vermittlung der europäischen demokratischen Werte konzentriert.